



Netzwerkstelle FiB, Teilprojekt A (Förderung der abhängigen Beschäftigung von Frauen)

Die FiB nahm Anfang Januar 2017 ihre Arbeit auf. Seitdem wurde eine Vielzahl von Aktivitäten aufgenommen:

- **Bekanntmachen** in der Öffentlichkeit und Darstellung der Aufgaben, z.B. in den Landkreisen und bei den verschiedenen Akteuren wie Kammern, Verbänden oder Trägern.
- Führen einer Vielzahl von **Gesprächen** zur Analyse der jeweiligen Situation,
- Anwesenheit bei **Messen** mit Infostand und Material mit entsprechenden Kontakten,
- **Auftaktveranstaltungen** in den Landkreisen/Regionalverband. Diese hatten zum Ziel, die vorhandenen Strukturen vor Ort zu erfassen, transparent zu machen und damit eine Keimzelle für eine verstärkte Vernetzung vor Ort zu bilden.
- Der Prozess der weiteren **Vernetzung** läuft noch. Es zeigte sich fast überall, dass vor allem über die Frauenbeauftragten der Kreise schon vieles koordiniert wird. Klar wurde aber auch, dass sogar bei den am Thema arbeitenden Menschen und Institutionen häufig die notwendige Transparenz fehlt. Teilweise konnten Info-Lücken gerade zwischen den für das Projekt wichtigen Teilbereichen (abhängige Beschäftigung und Förderung der Existenzgründung) aufgezeigt werden. Hier wurde ein hoher Bedarf nach einer Koordinierung der verschiedenen Teilbereiche direkt in den Landkreisen deutlich.

Festgestellte **Probleme** außerdem:

- Landkreisübergreifend ist nach wie vor die **Kinderbetreuungssituation** unbefriedigend. Der Bedarf steigt weiter, der Ausbau der Plätze kann der Nachfrage aktuell nicht standhalten. Noch schwieriger ist es, wenn es um Randzeitenbetreuung, kurzfristige Bedarfe und Ferienzeiten geht. Hier ist der Handlungsbedarf weiterhin hoch.
- Dauerhaft verbesserungsfähig: die Gestaltung der **innerbetrieblichen Bedingungen**, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie/Pflege und Beruf geht. Trotz vieler angestoßener Maßnahmen zeigen die Praxisbeispiele aus den zahlreichen Gesprächen immer noch hohen Verbesserungsbedarf.
- Strukturell wird die Situation von Frauen innerhalb der **gesetzlichen Rahmenbedingungen** als unübersichtlich definiert. Die Anreize, die von den verschiedenen Regelwerken ausgehen, sind sehr widersprüchlich (z.B. Ehegattensplitting versus hoher Druck zur Vollzeitbeschäftigung nach Scheidung, bzw. die Regelung der Minijobs). Hier entsteht zusätzlicher **Beratungsbedarf**, um die langfristigen Folgen von Erwerbsentscheidungen z.B. für die Rente, mit zu bedenken.